

Ratsmehrheit will kein Wohnkonzept

Zwar ist allen die Bedeutung des Themas für Höxter bewusst, trotzdem lehnen CDU, FDP und Grüne das Ansinnen der SPD ab. Die Begründung lässt aufhorchen.

David Schellenberg

■ **Höxter.** Es ist eine wichtige Frage der Zukunft: Wie will und soll Höxter künftig wohnen? Wie viele Mietwohnungen sind notwendig, welche alternativen Wohnkonzepte wären sinnvoll und möglich? Um diese Frage zu beantworten, hatten die Höxteraner Sozialdemokraten die Idee, ein „Handlungskonzept Wohnen“ zu erstellen. CDU, Grüne und FDP lehnten ab – mit irritierenden Begründungen.

Um manche Entwicklungen sinnvoll zu steuern, braucht es Pläne. Für die SPD-Fraktion Höxter ist die Wohnsituation in den kommenden Jahren und Jahrzehnten eine entscheidende Aufgabe. Dabei geht es nicht nur um die Sicherstellung von genügend Wohnraum, sondern auch um die Frage, welche aktuellen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt Höxter für bestimmte Zielgruppen wie Singles und Senioren aufgreifen sollte – also jenseits des klassischen Einfamilienhäuschens mit großem Garten.

„Hierzu bedarf es eines Entwicklungskonzepts, das vor dem Hintergrund der demografischen und ökonomischen Veränderungen und der sie begleitenden Rahmenbedingungen einen sparsamen Umgang mit Grund und Boden, den Vorrang der Innenentwicklung und die optimale Nutzung bereits vorhandener Infrastruktur berücksichtigt“, begründete die SPD ihren Antrag. Ein solches Konzept gehöre bereits bei sehr vielen Städten und Kreisen in NRW zum Standard. Es wurde bereits vor 20 Jahren mit dem Wohnraumförderungsgesetz gesetzlich etabliert und dient als Grundlage für Fördermittel gemäß den Wohnraumförderbestimmungen des Landes NRW und zur Steuerung des lokalen Wohnungsmarktes.

Natürlich koste ein solches Konzept Geld – dafür sei es wissenschaftlich basiert. „Jetzt könnte man sagen: Das, was der Gutachter für viel Geld her-



CDU und FDP (vorn) lehnten den Antrag der SPD für ein Wohnkonzept ab.

Foto: David Schellenberg

ausfindet, das können wir doch auch selbst. Wir wissen doch selbst, wie es bei uns aussieht. Nein, das können wir nicht. Durch externe Expertise überwinden wir unsere eigene Stallblindheit.“

Ausdrücklich wies SPD-Fraktionschef Günter Wittmann bei der Vorstellung des Antrags in der jüngsten Ratsitzung darauf hin, dass nicht nur die Kernstadt in den Blick genommen werden sollte, sondern auch die Ortschaften. Da-

bei sollten zunächst der Status quo und dann vor allem die weitergehenden Bedarfe aufgezeigt werden, die sich aufgrund veränderter Haushaltsstrukturen und Nutzungsanforderungen an Wohnraum, zunehmende Wohnungsbestände mit Modernisierungsbedarf, verstärkte Wohnraumnachfrage aufgrund der Zuwanderung von Geflüchteten ergäben. „Wir haben uns in Höxter bisher ausschließlich mit Baulandmanagement be-

schäftigt. Das allein aber reicht schon lange nicht mehr aus, denn die Haushaltsstrukturen sowie die Nutzungsanforderungen an den Wohnraum verändern sich rasant. Auch die Wohnraumnachfrage in allen Kategorien nimmt stetig zu. Ein solches auf wissenschaftlicher Basis erarbeitetes Konzept würde uns wertvolle Handlungsempfehlungen geben“, verdeutlichten der Co-Vorsitzende des Höxteraner SPD-Ortsvereins, Olaf Peter-

Kommentar

CDU Höxter tappt in die Falle



David Schellenberg

Es waren nur wenige Worte, die die stellvertretende CDU-Fraktionschefin Karin Wittrock für einen SPD-Antrag übrig hatte, über den sich die Sozialdemokraten durchaus lange Gedanken gemacht haben. Und mit der knappen Begründung der christdemokratischen Ablehnung eines Wohnkonzepts für Höxter tappte sie in eine Falle, die Wasser auf die Mühlen für Kritiker einer ganz anderen Baustelle sein dürften.

Denn dass die Frage, wie Höxter künftig wohnen wird, sehr wichtig ist und dass es sinnvollerweise ein strategisches Konzept dafür braucht, um nicht bei jedem Vorhaben das Grundsätzliche zu diskutieren, stellte niemand in Ab-

rede. Nein, die Begründung von CDU und FDP war, dass der Zeitpunkt falsch sei, weil die Verwaltung mit der Vorbereitung der Landesgartenschau nun wirklich mehr als genug zu tun hat. Heißt im Umkehrschluss: Die LGS lässt es nicht zu, dass sich Höxter mit wichtigen Zukunftsfragen beschäftigt. Man hat schlicht keine Zeit dafür.

Genau das war immer ein Kernvorwurf der Kritiker einer Landesgartenschau in Höxter. Und die Ratsfraktionen von CDU und FDP bestätigen, dass sie wohl recht damit hatten. Damit sind sie in eine Falle getappt, die Höxter auf lange Sicht sehr schaden könnte. Denn es gibt neben der LGS viele wichtige Themen, die Höxter nicht aus dem Blick verlieren darf. Dass nicht mal der BfH-Kompromiss, wenigstens in den Prozess einzusteigen, die Christdemokraten und Liberale überzeugte, irritiert umso mehr, als dass beide die enorme Bedeutung des Themas Wohnen für Höxter durchaus nicht in Abrede stellen.

david.schellenberg@nw.de

schröder und der Fraktionsvorsitzende Günter Wittmann im Nachgang der Sitzung.

Da hatte eine knappe Ratsmehrheit aus CDU, Grünen und FDP ein solches Konzept bereits abgelehnt. Und das, obwohl die BfH-Fraktion für alle einen Kompromissvorschlag eingebracht hatte. FDP-Ratsherr Martin Hillebrand bestätigte der SPD, dass inhaltlich „viel Wahres im Antrag steckt“. Nur sei der Zeitpunkt dafür jetzt nicht der richtige. Die stellvertretende CDU-Fraktionschefin Karin Wittrock kanzelte den ausführlich vorgestellten Antrag der SPD mit wenigen Worten ab: „Ich kann es kurz machen. Wir schließen uns den Ausführungen von Herrn Hillebrand an: falscher Zeitpunkt, falsche Formulierung. Gerade die Bauabteilung hat im Moment wirklich genug zu tun.“

Es war Simone Kube von der BfH-Fraktion, die das Vorhaben mit einem Kompromissvorschlag zu retten versuchte. Statt jetzt direkt ein Gutachterbüro zu beauftragen und dafür vielleicht viel Geld in die Hand zu nehmen, solle der Bürgermeister die Beauftragung eines einschlägig erfahrenen Beratungsunternehmens mit der Erarbeitung eines kommunalen Handlungskonzepts prüfen und die hierfür anfallenden Kosten ermitteln. Auch einschlägige Fördermittel zur Mitfinanzierung der Beratungsleistung sollten eruiert werden. Aber auch das überzeugte Christdemokraten, Liberale und Grüne nicht. Der Antrag scheiterte mit 19 zu 15 Stimmen.

Die SPD reagierte im Nachgang verärgert. „Scheinbar ist die Mehrheit der Höxteraner Politik noch nicht reif, den positiven Nutzen zu erkennen, auch und besonders im Hinblick auf die aktuelle klima- und energiepolitische Situation. Auch vonseiten der Verwaltung hätte ich mir mehr Engagement und das Einbringen von Sachverstand aus dem Dezernat Planen und Bauen gewünscht“, so Wittmann.